

BRIEF AUS BERLIN

Liebe Leserinnen & Leser,

Das grauenhafte Massaker in Butscha bei Kiew zeigt: Das ukrainische Volk kämpft in diesem Krieg nicht nur um sein Überleben, sondern auch für europäische Werte und Freiheit. Immer neue Funde verstümmelter Leichen und abgefangene Funksprüche der russischen Armee durch den BND zeigen, dass es sich nicht um Einzelfälle handelt, sondern um eine zutiefst abstoßende Strategie Russlands. Für uns folgt daraus: Die Ukraine braucht mehr Waffen und zwar solche, die den neuen Umständen des Krieges gerecht werden. Bundeskanzler Scholz muss endlich das Heft des Handelns ergreifen und den Umstand beenden, dass Deutschland in Europa als Hindernis für die effektive Unterstützung der Ukraine wahrgenommen wird. Er muss erklären, ob Christine Lambrecht einfach nur überfordert ist oder die Passivität bei den Lieferungen an die Ukraine System hat. Zudem muss die Bundesregierung Vorschläge für weitere Sanktionen gegen Russland auf den Tisch legen und endlich einen konkreten Fahrplan zur Gewährleistung der Energiesicherheit ohne Russland vorlegen.

Die weiteren Themen der zurückliegenden Sitzungswoche finden Sie wie immer rechts. Ich freue mich auf Ihr Feedback und bin stets bemüht, Ihnen zeitnah persönlich zu antworten. Bleiben Sie gesund!

Herzliche Grüße

Ihr


Michael Frieser

Michael Frieser
CSU Für Nürnberg & Schwabach

Platz der Republik 1 - 11011 Berlin - michael.frieser@bundestag.de - 030 227 71931



DIE THEMEN DER WOCHE

Impfpflicht:
Ampelversagen nach
Abstimmungswirrwarr



Geschäftsordnungsspielchen:
Wo bleibt Bärbel Bas?



Gefordert:
Masterplan
für ukrainische
Flüchtlinge



Ausfall der
"Kornkammer Europas"
bedroht Lebensmittelsicherheit



Impfpflicht: Ampelversagen nach Abstimmungswirrwarr



Am Donnerstag hat das planlose Vorgehen der Ampelkoalition die Bewältigung der Corona-Pandemie um Monate zurückgeworfen. Nach einer hitzigen Schlussdebatte verfehlte der Gesetzentwurf von Kanzler Scholz und Gesundheitsminister Lauterbach für eine Impfpflicht ab 60 Jahren die erforderliche Mehrheit deutlich. Dafür stimmten nur 296 von 683 Abgeordneten. Der Kanzler hat ganz offenbar überhaupt keinen Überblick über die Stimmung in seiner Koalition, sonst hätte gewusst, dass der hochnotpeinliche Rückruf der Außenministerin, die beim Nato-Außenministertreffen in Brüssel das Vorgehen gegenüber Russland besprechen sollte, vollkommen sinnlos war.

Auch die beiden Anträge gegen die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht scheiterten. Damit kam gestern ein langer Prozess zu einem peinlichen Ende, der von Anfang an zum Scheitern verurteilt war. Das Verfahren litt unter der falschen Grundannahme des Kanzlers und des Gesundheitsministers, eine so wesentliche Frage wie die Impfpflicht sei ohne Kanzlermehrheit und ohne Beteiligung der Bundesregierung umzusetzen. Diese absurd anmutende Strategie gipfelte gestern schließlich in der grotesken Situation, dass die Ampel – wild um sich schlagend – die CDU/CSU-Fraktion für die absehbare Fehlgeburt der Impfpflicht in die Verantwortung nehmen wollte. Als Union haben wir geschlossen klar gemacht, dass es uns nicht möglich war, verfassungswidrige Vorschläge zu unterstützen, nur um irgendein Ergebnis zu erreichen. Eine starre Impfpflicht ab 60 wäre zum jetzigen Zeitpunkt nicht verfassungsgemäß umsetzbar. Ich habe deshalb nur für den Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gestimmt. Alle anderen Vorschläge waren nicht zustimmungsfähig und verfassungswidrig. Die Regierung hat für keine Lösung eine Mehrheit und selbst keine eigenen Vorschläge. Als Union haben wir den Kompromiss angeboten, ein Impfregister aufzubauen und vorbereitet zu sein, falls wir eine Impfpflicht im Herbst brauchen. Diesen sehr guten Vorschlag hat die Ampel ausgeschlagen. Aber unsere Hand bleibt ausgestreckt! Wenn die Ampel diese ergreift, kann der Sommer für eine Vorbereitung durch Aufbau eines Impfregisters und die Intensivierung der Impfkampagne genutzt werden.

Geschäftsordnungstricks der Ampel: Wo bleibt die Bundestagspräsidentin?

Was sich im Zusammenhang mit den Abstimmungen zur Impfpflicht nebenbei auch gezeigt hat: Um die eigene Zerissenheit und Schwäche zu kaschieren, greift die links-gelbe Koalition erneut zu Geschäftsordnungstricks. Um die Chancen für den Antrag zur Impfpflicht ab 60 zu erhöhen, wollten die Spitzen der Ampel-Parteien den Antrag der Union gegen jede parlamentarische Gepflogenheit zuerst abstimmen lassen – verbunden mit der



Hoffnung, dass einige Parlamentarier der Union nach dem Scheitern des eigenen Antrags dem Impfpflicht-Antrag zustimmen. Jedes Mitglied im Kaninchenzüchterverein weiß, dass bei mehreren Anträgen der weitestgehende zuerst abgestimmt wird. Dass der Impfvorsorgeantrag der Union weitergehend ist als die Einführung der Impfpflicht ab 60 konnte die Ampel nicht mal den eigenen Leuten verkaufen. Der Versuch scheiterte kläglich. Aber dieses Theater reiht sich ein in eine ganze Serie von Anlässen, bei denen die Ampel – entgegen den parlamentarischen Gepflogenheiten – die demokratische Opposition in Geschäftsordnungsfragen ohne Rücksicht auf Verluste überstimmt. Weitere Beispiele sind die Erfüllung des kleinlichen Wunsches der FDP, im Plenum nicht neben der AfD sitzen zu müssen, oder der beschämende Übergang zur Tagesordnung nach Selenskyjs Rede, um Olaf Scholz zu ersparen, auf die kritischen Fragen des ukrainischen Präsidenten zu antworten. Es geht dabei nicht um Stilfragen, sondern darum, dass der Bundestag als eigenes Verfassungsorgan weder zum Spielball der Bundesregierung noch der Koalitionsparteien werden darf. Es wäre Aufgabe der Bundestagspräsidentin Bärbel Bas, die Ampel-Parteien daran zu erinnern. Bisher schweigt sie.

Union fordert Masterplan für ukrainische Flüchtlinge



Nicht nur bei der Unterstützung der Ukraine gegen die russische Invasion wirkt die Bundesregierung ziel- und planlos, auch beim Umgang mit den Opfern des Krieges, insbesondere geflüchtete Frauen und Kinder, agiert sie halbherzig. In einem Leitantrag zeigen wir als Union auf, wie ukrainischen Kriegsflüchtlingen umfassend geholfen werden kann. Auch nach so vielen Wochen fehlt weiterhin eine funktionierende Koordinierung und Verteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Alle staatlichen Institutionen müssen jetzt an einem Strang ziehen. Das sind wir den Kriegsflüchtlingen sowie den unermüdlichen Helfern

und Hilfsorganisationen schuldig. Die Hilfsbereitschaft im Land ist weiterhin überwältigend. Die Bundesregierung setzt diese wertvolle Ressource aufs Spiel. Es gibt nach wie vor keinen über den Tag hinausgehenden Plan, keine flächendeckende Registrierung bei der Ankunft und kein wirksames Schutzkonzept für die Kriegsflüchtlinge. Den Schutz für sie müssen wir jetzt in den Vordergrund stellen und ihre Integration ermöglichen. Ein gut organisierter Staat ist die Grundlage dafür, dass Hilfe, Sicherheit und Integration für ukrainische Frauen und Kinder gelingt. Mit unserem Leitantrag fordern wir die Bundesregierung auf, die notwendigen Schritte endlich anzugehen. Die Planung muss im Rahmen eines zentralen Krisen- und Koordinierungsstab gestrafft werden. Zugleich muss eine durchgehende Registrierung und Personenfeststellung unmittelbar nach oder bei Grenzübertritt sichergestellt werden – schon allein um die geflüchteten Frauen, Kinder und Jugendliche vor Kriminellen wie etwa Menschenhändlern zu schützen. Gezielte medizinische und/oder psychologische Unterstützung und erforderliche Impfungen können nur zur Verfügung gestellt werden, wenn die Flüchtlinge eine gesundheitliche Erstuntersuchung vor Ort erhalten.

Ausfälle der "Kornkammer Europas" schnell und wirksam kompensieren

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat große Auswirkungen auf die Versorgung mit Lebensmitteln – auf der Welt und auch in Deutschland. Die Bundesregierung muss jetzt ihren Beitrag leisten, damit es nicht zu weltweiten Knappheiten kommt und bei uns die Preisanstiege nicht überhandnehmen. Wie das funktionieren kann, haben wir als Unionsfraktion in einem umfassenden Antrag aufgezeigt. Auch die deutschen Landwirte sollen und können einen möglichst großen Beitrag zur



Ernährungssicherung leisten, wenn die Politik sie mit entsprechenden Rahmenbedingungen dazu befähigt. Jede Tonne Weizen, die wir nicht produzieren, wird die Hungerkrise in der Welt verschärfen. Es ist deshalb nicht die Zeit, gutes Ackerland aus ökologischen Gründen brach liegen zu lassen. Die Bundesregierung muss unverzüglich auf ökologischen Vorrangflächen den Anbau auch von Feldfrüchten – die nicht zur Erzeugung von Tierfutter dienen – erlauben. So wie es die EU-Kommission mit ihrem Aktionsplan zur Ernährungssicherung den EU-Staaten ausdrücklich eingeräumt hat. Während sich in Malawi der Brotpreis verdoppelt, mahnen Grüne Rednerinnen zum Fleischverzicht. Aber grüne Ideologie darf keine Menschenleben kosten. Wir müssen nicht nur aus unserer moralische Verpflichtung handeln, sondern auch in eigenem Interesse. Wenn wir diese humanitäre Katastrophe nicht helfen zu entschärfen, wird es zu neuen Flüchtlingsströmen kommen. Uns läuft die Zeit davon! Die Bauern hätten schon längst aussäen können, wenn sie nicht von der Bundesregierung ausgebremst würden.